



Hiroshima und Nagasaki mahnen:

Weitere Eskalation des Krieges stoppen!

Nicht in einen Atomkrieg schlittern lassen!

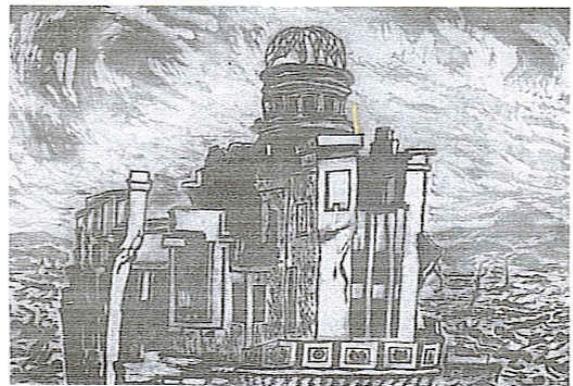
Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!

Der Krieg in der Ukraine hat eine 30-jährige Vorgeschichte. Er begann nicht im Februar 2022, sondern im Gefolge des Maidanputsches 2014 in der Ostukraine und kostete schon vor der russischen Intervention 14.000 Menschenleben. Versuche, ihn damals zu beenden, scheiterten auch daran, dass es die westlichen Garantiemächte mit dem Vertrag Minsk II, mit einer föderalen Lösung im Vielvölkerstaat Ukraine, nicht ernst gemeint hatten. Merkel und Hollande bezeugten das 2022. Die Machthaber in Kiew sollten Zeit zur Aufrüstung bekommen. Laut dem israelischen Ex-Premier Bennett scheiterte dann eine Verhandlungslösung nach der völkerrechtswidrigen Intervention Russlands im Frühjahr 2022 an Einsprüchen des Westens, der einen militärischen Sieg wollte. Man mag über Schuldfragen streiten, Fakt ist aber, dass der Krieg zu einem Stellvertreterkrieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Russland wurde. Mit allen Gefahren einer weiteren Eskalation, bis hin zum atomaren Inferno.

Die Lieferung von Streumunition an und deren Einsatz durch die ukrainische Armee zeigen, wie schnell weitere sog. rote Linien überschritten werden, völkerrechtlich geächtete Waffen eingesetzt werden. Deutschland hat diese Munition gemeinsam mit 110 anderen Staaten verurteilt. Es entzieht sich aber seiner vertraglichen Verpflichtung, auch Verbündete von Weitergabe und Einsatz abzuhalten. „Russland hat nach Meinung westlicher Experten Streumunition

bereits eingesetzt“, las man am 21. Juli in einer hiesigen Zeitung. Wenn solche Meinungen das aushebeln völkerrechtlicher Verträge rechtfertigen sollen, der Zweck jedes Mittel heilige, was droht uns Menschen in Europa dann künftig noch?

(weiter auf der Rückseite)



Hiroshima, Holzschnitt von Kiyoshi Asai, 1945

Am 6. und 9. August 1945 wurden US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Sie töteten 140.000 bzw. 70.000 Menschen sofort. Zehntausende erkrankten und starben in den folgenden Jahrzehnten. Noch heute leiden Menschen unter den Folgen.

Am 7. Juli 2017 beschlossen 122 Staaten den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Über 50 ratifizierten ihn mittlerweile. Die Bundesregierungen reden zwar gerne vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt, doch wenn es konkret wird, boykottieren sie das Abkommen seit 6 Jahren, verhandeln nicht mal darüber.

Wer immer da auf den ersten Schritt Anderer wartet, kommt keinen Zentimeter voran. Nicht erst der Krieg in der Ukraine lässt befürchten, dass ein Konflikt atomar eskalieren könnte.

Was uns hier an der Nahe droht, im Dreieck zwischen dem Atomwaffenstützpunkt Büchel (Eifel), dem US-Kriegsdrehkreuz Ramstein und Wiesbaden, laut FAZ (4.10.22) der „Drehscheibe für die Ukraine“, sind Elend und Tod durch atomare „Verseuchung“. Die USA haben Atomwaffen zudem in den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei stationiert, Russland nun in Belarus. Vorwarnzeiten werden immer kürzer, die Gefahr auch eines „Atomkriegs aus Versehen“ wächst.

Es ist an der Zeit, ein Weiterdrehen an der Eskalationsschraube zu beenden, um nicht die menschliche Zivilisation Westeuropas, vielleicht sogar der ganzen Erde, zu gefährden. Die Kriegsparteien müssen den weltweiten Friedensappellen und -initiativen, ob aus Lateinamerika, Afrika, Asien oder auch des Vatikans folgen, die Waffen zum Schweigen bringen. Die Lieferungen immer neuer Waffen an die Ukraine müssen beendet werden.

Nur eine Verhandlungslösung, welche die Sicherheitsinteressen Aller berücksichtigt, auch die

Rechte ethnischer Minderheiten, kann den Frieden in der Ukraine wieder herstellen. Dass das einfach sein wird, behauptet niemand. Es ist aber der einzige Weg aus diesem Krieg heraus, der nicht alle ins gemeinsame Verderben führt.

Letztendlich kann kein Weg daran vorbeigehen, Atomwaffen gänzlich abzuschaffen, wie es der entsprechende UNO-Vertrag vorsieht. Die Bundesregierung ist aufgefordert, dem endlich beizutreten und unser Land jetzt erst recht atomwaffenfrei zumachen!

Aus dem Aufruf des DGB zum Antikriegstag 2023:

Wir warnen aber eindringlich vor dem Irrglauben, immer mehr Waffen für die Ukraine würden zu einem schnelleren Ende des Krieges führen. Und wir warnen vor der einseitigen Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Handeln stärker auf friedliche Ansätze zur Konfliktlösung zu fokussieren: Haben Sie den Mut, mehr Diplomatie zu wagen!

<https://www.dgb.de>

Früher „Butter oder Kanonen?“ heute „Bildung, Gesundheit, Soziales oder Drohnen?“

Ein Zeichen wollen sie setzen, der Bürgermeister und die Gemeinderäte von Freisbach/Pfalz, und zurücktreten, statt die Einwohner mit höheren Steuern zu belasten. 2023 wurden viele kommunale Haushalte von der Kommunalaufsicht in Rheinland-Pfalz nur dann genehmigt, wenn die Gemeindesteuern erhöht wurden. Den Kommunen wurden seit Jahrzehnten ständig neue Pflichtaufgaben übertragen, ohne dass sie dafür auch das nötige Geld von Land und Bund bekommen. Z.B. bei der notwendigen Personalausstattung von Kitas.

Das wird noch dramatischer werden, wenn die Rüstungskosten weiter erhöht werden. Jetzt schon sind 2 % beschlossen, es ist die Rede von einer Erhöhung auf 3 % des BIP, einer Verdoppelung von derzeit knapp 60 auf fast 120 Mrd. Euro jährlich. Und die 100 Mrd. Euro Sonderschulden reichen z.B. der zuständigen SPD-Ministerin auch nicht. Sie und andere sprechen da schon mal von 300 Mrd. Das Geld würde anderswo fehlen, und das zu weiteren Streichungen sowie zur Erhöhung von kommunalen Steuern und Gebühren führen.

Das trifft dann insbesondere jene, die infolge des gescheiterten Versuchs, „Russland zu ruinieren“ (Frau Baerbock bezüglich der Sanktionen gegen Russland), teils mehr als das Doppelte für Heizung, Warmwasser und Strom ausgeben müssen. Und bei Lebensmitteln zusätzlich noch der Profitmacherei der Konzerne zum Opfer fallen. Der von „oben“ freudig verkündete Rückgang der Inflationsrate bedeutet ja nur, dass die Preise langsamer erhöht werden, nicht dass sie auf den vorherigen Stand sinken. Beispiel: wenn 200 Gramm Mainzer Käse (anderswo auch Harzer genannt) vor 2 Jahren beim Discounter 99 Cent kosteten, zwischen durch schon mal 2,19 und jetzt 1,79 Euro, dann sind das immer noch 80 % mehr, auch wenn sich eine geringere Inflationsrate errechnen lässt. Wer selbst regelmäßig einkauft, weiß, dass gerade die früher günstigeren Lebensmittel um rund 50 % verteuert wurden.

Den Krieg in der Ukraine durch eine Verhandlungslösung zu beenden ist vor allem eine **Frage des Überlebens** von Soldaten und Zivilisten im Kriegsgebiet. Aber auch, angesichts laufender Kriegskosten und kommender Rüstungslasten, eine Frage, wie denn vor allem die weniger gut Betuchten künftig hierzulande leben können.

Impressum: der funke, August 2023, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP,
Kontakt und v.i.S.d.P.: V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, E-Mail bad-kreuznach@dkp-rlp.de Eigendruck,
bisherige FUNKE, auch nur online verbreitete, unter <https://dkp-rlp.de/bad-kreuznach/>